



## Aus dem Inhalt:

### Seite 1:

Neues Maskottchen für die Vertrauensleute der SZST-GmbH

### Seite 2 + 3:

Gesundheitsreform: Mehrbelastungen für Arbeitnehmer durch Koalition beschlossen

### Seite 3:

„Aufgespießt“

### Seite 4:

BAG kippt Tarifeinheit im betrieb

## Kontakt:

V.i.S.d.P.: Vertrauenskörperleitung,  
Nils Knierim,

Post: 18 VKL / BR, Eisenhüttenstrasse 99, 38223 Salzgitter. Fon: 05341-21.6599. Mail: [vkl@vkl-szst.de](mailto:vkl@vkl-szst.de)

## Layout & Gestaltung:

Thomas Lehne, Redaktionsteam Einblick, Intranet und Internet.

**Anmerkung:** Der Newsletter der VKL erscheint für Betriebsräte und Vertrauensleute mindestens in unregelmäßigen Abständen

## Neues Maskottchen / Logo für die SZST-Vertrauensleute!

Wir haben ein Maskottchen für die Vertrauensleute innerhalb der SZST GmbH entwickelt. Frech und agil mit der „Daumen-Hoch-Position“ signalisiert es allen die gewerkschaftliche Agilität unserer betriebspolitischen Arbeit.

Ähnlichkeiten mit eventuellen Personen in unserem Umfeld sind keineswegs beabsichtigt!

Das Maskottchen soll zukünftig auf allen Publikationen der Vertrauensleute und VKL-Infos als ständiges Logo erscheinen, damit schnell auf einem Blick klar wird, wer hier informiert und wo sich die betriebliche Gewerkschaftsarbeit abspielt.

Was noch fehlt ist ein Name für das Maskottchen, dieser muss von der VKL noch gefunden werden. Wer hierzu Ideen hat, kann sich bei der VKL per Mail über die Homepage melden! Später können wir dieses Maskottchen mit politischen Überschriften auch für die Erstellung von T-Shirt nutzen.



Die VKL muss natürlich über das Maskottchen noch beraten und diesem zustimmen, dies wird sicherlich nach der Sommerpause geschehen. Auf der Homepage im Header (erl.: Bildkopf der Seiten) haben wir das Maskottchen bereits als vorstehendes Logo integriert.

Wenn die VKL das Bild offiziell freigegeben hat, können die Vertrauensleute dieses auch als JPEG-Datei auf dem Mail-Weg erhalten. Individuell mit unserer Arbeit optisch auffallen ist dann die Devise.

Thomas Lehne

„Reform“ der Kassenfinanzierung:

## Mehrbelastungen von mehr als 1000 Euro möglich!

**Reform der Kassenfinanzierung:** Die Koalition möchte Gesundheitsminister Röslers Pläne zur Kassenfinanzierung als Reform verkaufen. Für Arbeitnehmer sind sie jedoch ein Rückschritt. **Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall hat nachgerechnet: Arbeitnehmer müssen mit möglichen Mehrbelastungen von bis zu 1038 Euro jährlich rechnen.**

Gesundheitsminister Philipp Rösler hat seine Reformpläne für die Kassenfinanzierung vorgelegt. Sie bestehen im Kern aus drei Elementen:

Der Beitragssatz steigt von **14,9** auf **15,5** Prozent, so dass Arbeitnehmer in Zukunft **8,2 Prozent, Arbeitgeber 7,3 Prozent vom Einkommen** zahlen müssen. Der Arbeitgeberbeitrag wird eingefroren.

Kommende Ausgabensteigerungen müssen allein die Versicherten über eine Prämie finanzieren.

Übersteigt die Prämie der Kasse zwei Prozent des Einkommens eines Versicherten, muss der Steuerzahler für die Differenz aufkommen.

### Was kommt finanziell auf die Versicherten zu?

Die Versicherten müssen mit zusätzlichen Belastungen in Form von höheren Beiträgen und höheren Zusatzbeiträgen rechnen.



Nach dem schwarz-gelben Gesundheitskompromiss muss man von Mehrbelastungen - je nach Einkommen - bis zu 1038 Euro im Jahr ausgehen. Weitere Kostensteigerungen sollen die Versicherten allein über Zusatzbeiträge schultern, denn die Arbeitgeberbeiträge werden eingefroren.

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, kritisiert die Pläne der Koalition: "Die Vorschläge der Regierungskoalition sind verteilungspolitisch inakzeptabel und gesundheitspolitisch untauglich. Die Strukturprobleme des Gesundheitssystems bleiben unangetastet, die Versicherten werden belastet und die Arbeitgeber weitgehend geschont. Das bedeutet eine Abkehr von der solidarischen Krankenversicherung."

Die ohnehin schon ungleiche Lastenverteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werde nicht aufgehoben, sondern verschärft. Während die Arbeitgeber mit einem Beitragsanstieg von 0,3 Prozent nur gering beteiligt sind, sollen die Versicherten für das Defizit aufkommen. **Pharmaindustrie, Ärzte und Krankenhäuser werden geschont.**

Für Urban ist offensichtlich, dass die Arbeitnehmer alleine für alles aufkommen müssen: "Es heißt, die Lasten würden auf alle verteilt, auch Pharmaindustrie, Ärzte und Krankenhäuser würden ihren Beitrag leisten. Aber was vorliegt, überzeugt mich nicht. Die Maßnahmen sind halbherzig, und ob sie den gewünschten Spareffekt bringen, ist offen. Hier wäre mehr zu holen, insbesondere bei Arzneimitteln und Ärzten."



### Was ist der Unterschied zur bisher geplanten Kopfpauschale?

Die sofortige radikale Umstellung auf eine Kopfpauschale statt einkommensabhängiger Beiträge wurde verhindert. Dazu hat auch das Aktionsbündnis von Gewerkschaften und Sozialverbänden beigetragen. Aber Grund zur Entwarnung sehe Urban nicht: "Der Zusatzbeitrag soll künftig als Pauschale erhoben werden, ohne Obergrenze. Letztlich wird der Zusatzbeitrag in eine Zusatzpauschale umgewandelt, die immer größer wird und - wenn man so will: sich zu einer Kopfpauschale auswächst."

### Der Alibi-Sozialausgleich

Nach den neuen Plänen wird die jetzige Belastungsgrenze verdoppelt. Vorgesehen ist, dass der Arbeitgeber 2

## Fortsetzung – Kassenreform:

den Krankenkassenbeitrag reduziert, wenn der errechnete Zusatzbeitrag 2 Prozent des Einkommens übersteigt. Bei 10 Euro fiktiven Zusatzbeitrag würde der Ausgleich erst bei Einkommen unter 500 Euro greifen. Viel Bürokratie für einen Alibi-Sozial-Ausgleich.

**Welche Alternative bietet sich an?** Den Kassen fehlen rund elf Milliarden. Dieses Defizit kann aber auch mit einer gerechten Lastenverteilung finanziert werden. Urban erklärt wie: "Es ist höchste Zeit für den Einstieg in die Bürgerversicherung.

Sie würde etwa 10-20 Mrd. Euro bringen. Bei Rückkehr zu echter Beitragsparität und Einbeziehung aller in das Solidarsystem könnten die Versicherten deutlich entlastet werden. Gleichzeitig brauchen wir Qualitätsverbesserungen im Gesundheitssystem und vor allem einen Ausbau der Prävention."

**Hans-Jürgen Urban:**  
Dr. Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



und Experte für Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung.

Unter anderem vertritt unser Kollege Hans-Peter Urban die Interessen der Belegschaften im Aufsichtsrat der Salzgitter AG, gemeinsam mit Jürgen Peters als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden.

Wer mehr über Hans sein sozialpolitisches fundiertes Fachwissen erfahren will, sollte seine Homepage unter <http://hans-juergen-urban.de/> besuchen.

## Anmerkung-VKL:

Als Gesundheitsreform werden in Deutschland gesetzliche Eingriffe in die Rahmenbedingungen der Krankenversicherung beieichnet. Diese Reformen dienen in den letzten Jahrzehnten meist der Stabilisierung des Beitragssatzes und waren in der Regel mit Einschränkungen der Leistungen, Erhöhung der Zuzahlungen an die sonst der Selbstverwaltung unterliegenden Versicherungen und Änderungen in der Bezahlung der Leistungserbringer verbunden. Beitragsänderungen wirken sich auf die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber und auf die Lebenshaltungskosten der Versicherten aus.

**Wer also beisst hier in den letzten Jahren ständig in den sauren Apfel?**

## Termine 2010:

### SZST-Seminar:

**20.09. bis 24.09.2010**

in Fürstentagen. Es sind noch Plätze frei, also Kollegen werben und schnell anmelden bei der VKL oder BR!

### Belegschaftsversammlung: 27.09.2010

Beginn 8.00 Uhr im Info-center, Tor-1





**Aufgespießt...**

Bundesarbeitsgericht kippt Tarifeinheit;

## Stellungnahme des Justizariats der IG Metall

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat in seiner Pressemitteilung vom 23. Juni klargestellt, dass in einem Betrieb mehrere Tarifverträge zu Anwendung kommen können und damit den Grundsatz der Tarifeinheit aufgehoben ist. Dieser Beschluss des BAG löst allerdings nicht das Problem der Interessenaufspaltung im Betrieb durch Spartengewerkschaften. Dafür muss der Gesetzgeber das so genannte "Repräsentativitätsprinzip" festlegen.

Bisher entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Fällen von Tarifkonkurrenz oder Tarifpluralität nach dem Spezialitätsprinzip zu Gunsten des Grundsatzes der Tarifeinheit: ein Betrieb - ein Tarifvertrag. Bestanden in einem Betrieb mehrere Tarifverträge galten für die Gewerkschaftsmitglieder unter den Beschäftigten demnach immer nur der spe-



ziellere. **Mehrere Tarifverträge pro Betrieb.**

So führte beispielsweise ein Haustarifvertrag mit einer anderen Gewerkschaft (etwa Christliche Gewerkschaft Metall) dazu, dass der Flächentarifvertrag mit der IG Metall keine Anwendung mehr fand. Nach der neuen Rechtsprechung sind die Inhaltsnormen der jeweiligen Tarifverträge auf die jeweiligen Gewerkschaftsmitglieder anzuwenden.

Es können mehrere Tarifverträge in einem Betrieb zur Anwendung kommen. Somit ist es für die Arbeitgeber nicht mehr ohne weiteres möglich, durch "speziellere" Dumping-Tarifverträge den Flächentarifvertrag der IG Metall außer Kraft zu setzen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat in seiner Pressemitteilung vom 23. Juni klargestellt, dass in einem Betrieb mehrere Tarifverträge zu Anwendung kommen können und damit den Grundsatz der Tarifeinheit aufgehoben ist. Dieser Beschluss des BAG löst allerdings nicht das Problem der Interessenaufspaltung im

Betrieb durch Spartengewerkschaften. Dafür muss der Gesetzgeber das so genannte "Repräsentativitätsprinzip" festlegen.

### Gesetzgeber gefordert

Das Urteil des BAG löst allerdings nicht das Problem der Interessenaufspaltung durch Spartengewerkschaften. Nach Meinung der IG Metall muss in Zukunft bei mehreren Tarifverträgen, die - nach der neuen Rechtsprechung - in einem Betrieb gelten, das Repräsentativitätsprinzip angewendet werden. Das heißt, es muss der Tarifvertrag gelten, der auf mehr Beschäftigte aufgrund ihrer Tarifbindung durch Gewerkschaftszugehörigkeit Anwendung findet. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gibt es eine gemeinsame Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die auch von der IG Metall nachdrücklich unterstützt wird.

